

Die Entwicklung der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung während der Umbruchphase von 1989 bis 1992*

Igor Pleskot, geb. 1930 in Prag, von 1942 bis 1945 wegen Beteiligung seiner Eltern am Widerstand gegen die Nationalsozialisten Haft in einem Konzentrationslager, war von 1953 bis 1969 Hochschullehrer an der Technischen Universität Prag. 1969 erhielt er wegen Teilnahme am Prager Frühling Lehr- und Forschungsverbot. 1989 war er einer der Sprecher der Vereinigung der Streikausschüsse. 1990 wurde er zum ersten Präsidenten des Tschechischen und Slowakischen Gewerkschaftsbundes gewählt. Von 1990 bis 1991 war er zudem Vorsitzender des Metallarbeiterbundes der ÖSFR.

Die sozialpolitische und ökonomische Lage in den Ländern Mittel- und Südosteuropas ist durch eine Reihe gemeinsamer Bedingungen gekennzeichnet:

- Es handelt sich durchgängig um Gesellschaften, die den Übergang von einer staatlich dirigierte Ökonomie zu einer auf den Prinzipien des Privateigentums errichteten Marktwirtschaft anstreben.
- In allen Ländern Mittel- und Südosteuropas gibt es während der letzten 40 bis 50 Jahre von totalitären Diktatoren zugrunde gerichtete Gesellschaften

* Das Manuskript wurde im September 1992 abgeschlossen.

und zwar auf allen Gebieten der Gesellschaft: Ihre Reichtümer wurden geplündert, die Wirtschaft der Länder wurde deformiert, bürgerlich-demokratische Strukturen konnten sich nicht entwickeln, die Wertesysteme der Menschen und der sozialen Gruppen verfielen.

- Der Prozeß der Umwandlungen und später auch des Machtverlustes des jeweiligen kommunistischen Regimes ging vom inneren ökonomischen Zerfall des Landes, aber auch von der politischen Zersetzung des *jeweiligen* Regimes aus. Die politische Entwicklung wurde durch die Ereignisse in der Sowjetunion lediglich ausgelöst und synchronisiert.
- In allen mittel- und südosteuropäischen Ländern steht die weitere Entwicklung mehr oder weniger auf Messers Schneide zwischen dem Fortgang der ökonomischen und sozialen Transformation und dem Absturz ins Chaos. Diese Gefahr wächst längs der West-Ost-Achse an. Zu ihren Ursachen zählen vor allem der Mangel an professionellen Managern auf dem Gebiet der Ökonomie und Politik, der Verlust der sozialen Sicherheit der sozialistischen Gesellschaft - was den sozialen Widerstand gegen die Transformation verstärkt -, das Aufkommen populistischer und nationalsozialistischer Ideologien, die auf dem Prinzip des „starken Mannes“ basieren, sowie die Zersplitterung des politischen Lebens und die bisher ausgebliebene Entwicklung von Strukturen einer bürgerlichen Demokratie.
- Alle Länder durchleben zur Zeit eine Phase der Desillusionierung der nach dem Fall der totalitären Regime entstandenen ursprünglichen Begeisterung, die durch die Schwierigkeiten bei der ökonomischen Entwicklung und die relative politische Instabilität verstärkt wird.
- Schließlich ist in allen Gesellschaften ein Prozeß der Transformation der Gewerkschaftsstrukturen hin zu denen moderner westeuropäischer Gesellschaften zu beobachten. Diese Gewerkschaften setzen auf die bürgerliche Gesellschaft und unterstützen die Entwicklung von sozialer Marktwirtschaft.

Zu diesen Kennzeichen treten für die Tschechoslowakei eine Reihe spezifischer Charakteristika hinzu, die in ihrer Geschichte begründet sind:

1. Die Tschechoslowakei gehörte vor 50 Jahren - trotz aller Unterschiede zwischen den Regionen, insbesondere dem tschechischen Teil und der Slowakei - zu den industriell entwickelten Ländern mit einem verhältnismäßig hohen Qualifikations- und Ausbildungsniveau. Durch die sozialistische Planwirtschaft wurden zudem einige Produktionszweige weiter ausgebaut, die industrielle Entwicklung in Böhmen und in der Slowakei wurden stärker einander angeglichen. Diese Entwicklung führte allerdings zu einer stark deformierten Ökonomie, zumal der Tschechoslowakei die Rolle des *Metallurgie- und Maschinenbaulieferanten* des sozialistischen Lagers zugefallen war, was nicht nur zu einer rücksichtslosen Ausbeutung von know-how führte, sondern auch zur Isolierung vom Weltmarkt beitrug.

2. Die regierende kommunistische Elite verfolgte ihr Ziel einer gesellschaftlichen Angleichung nicht nur durch offizielle Deklarationen, sondern

auch durch ein spezielles Entlohnungssystem. Die hierin angelegte soziale Nivellierung ging nicht nur auf Kosten der Vernachlässigung der Infrastruktur sondern auch von Investitionen in die Entwicklung individueller Fähigkeiten. Diese Tendenz verstärkte sich nach 1968 nochmals, als die Regierung sich durch die Ausweitung des Konsumgüterangebotes soziale Ruhe auf Kosten der ökonomischen Entwicklung erkaufte. Trotz des spürbaren ökonomischen Rückgangs wirkt diese Strategie des Ausweichens in privaten Wohlstand, der nicht an persönliches Engagement gebunden ist, bis heute in allen Gesellschaftsschichten nach.

3. Die Tschechoslowakei war bis 1937, trotz allen Unzulänglichkeiten, durch eine lange Tradition der demokratischen Entwicklung *von unten* geprägt. Sie war eine der wenigen verhältnismäßig stabilen bürgerlichen Demokratien in Mittel- und Südosteuropa. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen hatten die sozialistische Partei sowie die Parteien der demokratischen Mitte einen starken Einfluß. Zudem gab es bereits eine kommunistische Massenpartei.

4. Die Zerschlagung der Tschechoslowakei durch Deutschland, die Teilung der Einflußsphären nach 1945 und die populistische Politik der Kommunistischen Partei in den Jahren 1945 bis 1950 führten zu einer Unterstützung der KP durch die Bevölkerung während der ersten Nachkriegsjahre. Später kam es noch einmal für kurze Zeit zur Unterstützung ihres Reformflügels im Jahre 1968. Dies änderte sich durch die Niederschlagung des Prager Frühlings, die nicht nur das Ende der Reformen von 1968 bedeutete, sondern auch mit einem Rückzug der Menschen auf das Überleben im isolierten persönlichen Kreis verbunden war. Als Mitte der siebziger Jahre klar zu werden begann, daß es in der Tschechoslowakei zu keiner Rückkehr auf den Reformweg von 1968 kommen würde, waren es vor allem die wenigen in der Charta 77 vereinigten Dissidenten, die im Kampf für größere bürgerliche, demokratische Rechte an Bedeutung gewannen.

5. Mitte der achtziger Jahre mündete die chronische Krise des sogenannten sozialistischen Lagers in eine akute. Es kam zu ersten Reformversuchen in der Sowjetunion und politischen Krisen in einzelnen Ländern, die schließlich zur Schwächung der Machtstrukturen nach dem Muster Breschnews führten. Vor diesem Hintergrund gelang es den Anhängern der Charta 77, die sich bisher vor allem auf die Helsinki-Vereinbarungen berufen hatten, Unterstützung in breiteren Schichten der Bevölkerung zu gewinnen.

6. Auch für die Gewerkschaftsbewegung waren die ersten Nachkriegsjahre von zentraler Bedeutung: Der KP der Tschechoslowakei war es zwischen 1945 und 1948 gelungen, die Bestrebungen um die Beseitigung der politischen Zersplitterung der Arbeiterbewegung zu mißbrauchen. Die in diesen Jahren entstandene einheitliche *Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung* und die von den Kommunisten beherrschten Betriebsräte trugen wesentlich zum Umsturz im Februar 1948 bei. Seither degenerierten die Gewerkschaften vom Instrument

politischer Veränderung zum Instrument der Kommunistischen Partei zur Durchsetzung sozialer Ruhe für das etablierte Regime und von Produktionssteigerungen gemäß den von der KP der Tschechoslowakei beschlossenen Produktionsplänen. Die Zuteilung bestimmter sozialer Vorteile durch die Gewerkschaften verhalf ihnen dennoch zu einer Massenbasis.

Die Entstehung demokratischer Gewerkschaften

Das erste Signal der radikalen Änderungen und der politischen Aktivierung waren die Jugenddemonstrationen innerhalb der sogenannten Palach-Woche im Februar 1989, mit der die Demonstrationen dieses Umbruchjahres ihren Anfang nahmen. Das Entscheidende war, daß Jugendliche, viele von ihnen waren sogar erst nach dem August 1968 geboren, die Mehrheit der Demonstranten bildeten. Das überraschte nicht nur die Regierung sondern auch die Dissidenten. Bereits im Februar und März schlossen sich erste Gewerkschaftsorganisationen in einzelnen Betrieben dem aktiven Widerstand an und protestierten gegen die bei der Unterdrückung der Demonstrationen benutzten Methoden. Seit Ende des Sommers organisierte sich die neu entstandene Opposition schließlich um die Petition *Einige Sätze* herum.

Das nächste entscheidende Datum war der 17. November 1989, als sich ein Teil der Prager Jugend sowie der älteren Bevölkerung einer Studentendemonstration anschloß. Ihre brutale Unterdrückung machte den politischen Konflikt akut: Es kam zur Bildung des *Bürgerforums*, das Unterstützung in der ganzen Republik fand, die sich durch die von der Partei- und Regierungsführung organisierte Informationsblockade sogar noch verbreiterte. Mit der Aufforderung zum Generalstreik entstanden überall an den Arbeitsplätzen Streikausschüsse, die sich zunächst nur als Schutz vor eigener Verfolgung zur *Vereinigung der Streikausschüsse* zusammenschlossen, aus der dann aber schnell eine Zentrale wurde, die die Vorbereitungen der betrieblichen Streikausschüsse für den Generalstreik in der ganzen Republik koordinierte. Sie vertrat insgesamt annähernd 1.500 bis 2.000 Streikausschüsse mit zusammen etwa 2 bis 3 Millionen Arbeitern.

Den Impuls zur Bildung demokratischer Gewerkschaften erhielt die Vereinigung der Streikausschüsse von unten. Ihren Aufruf zum sofortigen Zutritt eines *Allgemeinen Gewerkschaftskongresses* begründete sie damit, daß die bisherige Führung der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung, die den Generalstreik abgelehnt hatte, kein Recht mehr habe, an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung zu stehen oder den Kongreß einzuberufen. 10 Tage nach dem Generalstreik sah die Situation so aus, daß der Vereinigung der Streikausschüsse nur 20 bis 40 qualifizierte Köpfe gefehlt haben, um die alte Gewerkschaftszentrale zu übernehmen. Es war eher Glück, daß es in dieser Situation nicht zur Übernahme des alten Apparates, der noch immer unter dem Einfluß der KP der Tschechoslowakei stand, gekommen ist, weil der Weg zu demokratischen Gewerkschaften dann sehr kompliziert geworden wäre -

der alte Apparat hätte die noch im Aufbau befindlichen Freien Gewerkschaften wahrscheinlich aufgesaugt.

2 bis 3 Wochen nach dem 17. November versuchte die alte Zentrale der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung erneut, Einfluß auf die Zusammenschlüsse der Arbeiter in den Betrieben zu gewinnen. Dahinter stand der Versuch der Kommunisten, ihren Einfluß auf die Gewerkschaften zurückzugewinnen und die Macht des alten Apparates wiederherzustellen. Es handelte sich also um den Kampf zwischen der alten Zentrale - die sich inzwischen in *Aktionsausschuß der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung* umbenannt hatte - und der neuen, von den Betrieben anerkannten Zentrale - der *Vereinigung der Streikausschüsse* - um Mitglieder, Organisationen und Eigentum der Gewerkschaften und gleichzeitig um die Frage der Unterstützung der weiteren Entwicklung der sogenannten *Samtrevolution*.

Die Vereinigung der Streikausschüsse bestätigte die Aufforderung zur Einberufung eines Allgemeinen Gewerkschaftskongresses und unterstützte in Zusammenarbeit mit den Streikausschüssen in den Betrieben die demokratische Neuwahl der Betriebsorganisationen. Gegen den alles übergreifenden zentralen Apparat der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung setzte sie die Idee der Wiederbelebung der nach Branchen gegliederten Gewerkschaftsverbände, die von der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung unterdrückt worden waren. Des weiteren setzte sie die Herausgabe des Nachrichtenblattes der Streikausschüsse fort, dessen sechste bis neunte Ausgaben die Konzeption der entstehenden Gewerkschaftsverbände stark beeinflußten.

Im Januar 1990 folgten die Wahlen der Ausschüsse der Betriebsorganisationen und der Delegierten zu den Kongressen der Gewerkschaftsverbände. Unmittelbar nachdem sich die Mehrheit der neuen Branchengewerkschaften selbst konstituiert hatte - eine große Rolle spielten hier vor allem die Gründung der Gewerkschaftsverbände auf dem Gebiet der Produktion und des Verkehrs, vor allem der Metallarbeiterverband -, übergab die inzwischen *Koordinationszentrum* genannte Vereinigung der Streikausschüsse die Organisation des Allgemeinen Gewerkschaftskongresses einer eigens dazu eingerichteten Vorbereitungscommission der neu gegründeten Gewerkschaftsverbände.

Der Allgemeine Gewerkschaftskongreß trat vom 2. bis 3. März 1990 zusammen, hob die Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung auf, schuf die *Tschechische und Slowakische Konföderation der Gewerkschaftsverbände* und wählte seine Führung. Damit war die Phase der demokratischen Neugründung der Gewerkschaftsorganisation auf dem Wege der Wahl von unten nach oben beendet. Die alte Führung der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung und der Einfluß der Kommunistischen Partei auf die neuen Gewerkschaften waren beseitigt.

Die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsverbände bei der Durchsetzung gemeinsamer Ziele wurde aufrechterhalten. Obwohl die Gewerkschaften teil-

weise vom Standpunkt der Nationalrepubliken her und teilweise aus dem Blickwinkel ihrer Branchen und Berufe heraus unterschiedliche politische Vorstellungen entwickelten, kam es nicht zu einer politischen Zersplitterung. Vor allem die Gewerkschaftsverbände des Produktionssektors hielten zudem in ihrer Mehrheit an ihrem föderalen Charakter fest. 60 bis 80 Prozent der gewählten Funktionäre in den einzelnen Gewerkschaftsverbänden waren neu in ihre Funktion gewählt, 40 bis 60 Prozent der alten Funktionäre wurden bereits in der ersten Phase ausgewechselt. Der alte, territorial gegliederte zentrale Gewerkschaftsapparat wurde aufgelöst.

Das Streben nach maximaler Unabhängigkeit der Gewerkschaften zeigte allerdings auch seine zwar begreiflichen, aber in den Folgen negativen Konsequenzen eines *naiven* Demokratieverständnisses: Es kam zu einer starken Dezentralisierung aller Gewerkschaftsverbände, der Anteil der Zentrale der einzelnen Gewerkschaften am Beitragsaufkommen ihrer Organisation bewegt sich zwischen lediglich 10 und maximal 30 Prozent. Verbunden mit der geringen Erfahrung der Funktionäre führt dies zu einer massiven Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit. Mißtrauen gegenüber dem Apparat und der notwendige Austausch der alten Funktionäre bremsen zudem oft die Professionalisierung und verschärfen so eine Situation, die durch den Mangel an in ökonomischen und juristischen Fragen kompetenten Mitarbeitern bei gleichzeitig wachsender Nachfrage gekennzeichnet ist. Zwar gelang den Gewerkschaften der Erhalt einer einheitlichen Zentrale der Tschechoslowakischen Konföderation der Gewerkschaftsverbände - zu ihr gehören außer der Konföderation der Kunst und Kultur alle tschechoslowakischen Gewerkschaftsverbände mit zusammen 7 Millionen Mitgliedern -, aber intern kam es zu zahlreichen Auseinandersetzungen zwischen den selbständigen, meist zahlenmäßig schwachen Verbänden, was die Führung der Tschechoslowakischen Konföderation der Gewerkschaftsverbände erschwert. Dennoch besteht die Stärke der Unabhängigen Gewerkschaften in ihrer insgesamt hohen Mitgliederzahl, vor allem im Vergleich zu den verschiedenen, meistens kryptokommunistisch, christlich oder anders orientierten Gewerkschaften, die ebenfalls in den letzten zweieinhalb Jahren entstanden sind und höchstens ein paar tausend Mitglieder zählen.

Die politische Orientierung der Gewerkschaften

Bereits im Gestaltungsprozeß proklamierte die neue Gewerkschaftsbewegung das Prinzip der Unabhängigkeit vom Staat, von Arbeitgebern und politischen Parteien. In ihrer praktischen Arbeit sorgte sie für die Verdrängung der bis dahin dominierenden kommunistischen Organisationen aus Betrieben und Arbeitsstellen. Auch wenn ein Teil der Mitglieder die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften als unpolitische Haltung beziehungsweise als Neutralität gegenüber den politischen Parteien ablehnen, haben die Gewerkschaftsverbände diesen Grundsatz akzeptiert und lehnen prinzipiell jede parteiliche Politisierung der Gewerkschaften und jedwede Vereinbarung oder jedwedem Bündnis mit einer Partei ab.

Für einen nicht umfassend über die politische Entwicklung informierten *westlichen* Beobachter mag das Fehlen einer organischen Bindung der tschechischen und slowakischen Gewerkschaften an die, die demokratische Linke repräsentierenden, politischen Parteien überraschend sein. Diese Entscheidung hat aber ihre Wurzeln in den historischen Erfahrungen der vergangenen fünfzig Jahre:

- Es gibt in der Tschechoslowakei eine Erscheinung, die ich bereits 1990 *Vakuum der Linken* genannt habe: Die sozial-demokratischen Parteien, sowohl die tschechische als auch die slowakische, sind nach außen wie innen schwach und waren bisher nicht imstande, ein neues alternatives Programm anzubieten, das in der gegebenen Situation überzeugend wäre. Es fehlen ihnen - begreiflicherweise - ebenso wie den Gewerkschaften und übrigens auch allen demokratischen Institutionen und Organisationen zwei bis drei Generationen erfahrener Funktionäre sowie ein im Laufe der Zeit gebildetes Vertrauen der Mitglieder in die eigene Führung. Einige Bündnisversuche der sozialdemokratischen Parlamentsopposition der Tschechoslowakei während der letzten Jahre ließen zudem das Vertrauen nicht wachsen.
- Dieses Mißtrauen haben auch Versuche der Kommunisten gestärkt, das *Vakuum der Linken* auszufüllen. Die Tatsache, daß die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens sich von ihrer Vergangenheit nicht distanziert hat, und daß der größte Teil ihrer Mitglieder aus dem ehemaligen Apparat und der alten Parteiformation stammt, nährt Befürchtungen, daß sie ihren Einfluß in traditionellen Bereichen erhalten haben. Ein bißchen anders ist die Situation in der Slowakei, wo es scheint, daß die Partei der demokratischen Linken, die SDL, die alten Apparatekader zum Übertritt in bedeutungslose kommunistische Parteien gezwungen hat. Ob sich dieser Prozeß positiv fortsetzen wird, muß die Zukunft zeigen.
- Die christlich-demokratisch orientierten Parteien haben sich zu Parteien der rechten Mitte beziehungsweise der Rechten erklärt. Ihre Basis lag während der Vormünchener Republik im übrigen eher in der Bauernschaft als bei den Industriearbeitern. Einige ihrer Traditionen sind zudem historisch diskreditiert. Von Überlegungen dieser Parteien zur Gründung eigener Gewerkschaften sind deshalb keine positiven Impulse zu erwarten.
- Ein Mangel an politischer Erfahrung und an Bindungen an die Arbeiter und Angestellten zeigt sich zudem auch in den politisch vorherrschenden Bewegungen, dem *Bürgerforum* und dem Bündnis *Öffentlichkeit gegen Gewalt*. Trotz des Gewichtes der sogenannten 68er-Reformkommunisten unter den Dissidenten, die im ersten Jahr nach dem November 1989 die politische Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit beherrschten, schaffte es diese Gruppe nicht, die Gewerkschaftsbewegung mit nachhaltigem Erfolg anzusprechen.
- Der Mangel an politischer Erfahrung, Tradition und *Gefühl* zeigte sich lange Zeit auch in den Massenmedien, die mit einigen rühmlichen Ausnahmen die Gewerkschaftsaktivität in den Jahren seit 1989 als *rot* oder *rosa* charakteri-

siert und sich nicht mit den Unterschieden zwischen den beiden Gewerkschaftsbewegungen auseinandergesetzt haben.

Diese Tatsachen stärkten den eigentlich richtigen Trend der Gewerkschaften zur Neutralität gegenüber den politischen Parteien oft bis hin zu Bekundungen über den *unpolitischen Charakter* von Gewerkschaften.

Historische wie persönliche Erfahrungen von mindestens drei Generationen mit der durch die Kommunistische Partei und ihr Totalitätsregime entwickelten Form des Sozialismus führen zum Mißtrauen oder zur Abneigung gegen *jedwede* sozialistische Terminologie. Sie stärken die Attraktivität einer am Modell des Thatcherismus ausgerichteten Wirtschaftspolitik und das Bewußtsein der von der rechtsorientierten Propaganda hervorgehobenen Mißerfolge der westeuropäischen sozialistischen Parteien. Die Gefahr, die hiervon ausgeht, liegt vor allem darin, daß mögliche soziale Unruhen in eine Unterstützung der nationalistischen und halbfaschistischen Bewegungen und Gruppen münden können.

Die Taktik der Gewerkschaftsverbände im Hinblick auf die politischen Wahlen

Bei der ersten Wahl im Jahre 1990 entschlossen sich die Gewerkschaften, weder direkt eine Partei zu unterstützen noch eigene Kandidaten zu benennen. Der Grund lag nicht nur im Widerstand der Mitglieder sondern auch in der bisher unvollendeten Konstituierung der eigenen Struktur, in der Gefahr einer Überforderung der eigenen Kapazitäten durch eine Beteiligung am Wahlkampf und der dadurch drohenden Politisierung der Gewerkschaften. Bei der gründlichen Analyse der Situation spielte auch die Erwägung eine nicht geringe Rolle, daß bei einem massiven Eingriff der Gewerkschaften in den Wahlkampf der Prozeß des *Lernens von Demokratie und Bürgerlichkeit* vor Ort geschwächt würde. Die Unterstützung von Mitgliedern der Gewerkschaftsverbände blieb deshalb letztlich auf das Bürgerforum in Böhmen und das Bündnis Öffentlichkeit gegen Gewalt in der Slowakei beschränkt - also auf eine Unterstützung der die *Samtrevolution* repräsentierenden politischen Kräfte.

In der Zeit nach der ersten Parlamentswahl geriet die Gewerkschaftsbewegung in einer Reihe von Fällen in einen Konflikt nicht nur mit Regierung, sondern auch mit dem Parlament und spürte das Fehlen ihrer Wortführer dort. Mit Rücksicht auf die noch unfertigen politischen Strukturen, das Vakuum der demokratischen Linken und die gegenseitige allmähliche Polarisierung der tschechischen und slowakischen politischen Szene haben die Gewerkschaftsverbände bei der Parlamentswahl 1992 deshalb ihre Taktik geändert und eigene Kandidaten auf Listen verschiedener politischer Parteien benannt. Dies geschah unter der Voraussetzung, daß die politischen Parteien im Falle einer Wahl der Repräsentanten der Gewerkschaften akzeptieren, daß die Abgeordneten, die die Gewerkschaften nominiert haben, im Parlament einen parteiübergreifenden, informellen Zirkel bilden.

Diese Taktik hatte im Wahlkampf in der Tschechischen Republik keinen Erfolg. Erfolgreicher war sie in der Slowakei, wo in einzelne Vertretungskörperschaften bis vier in der Gewerkschaftsbewegung aktive Kandidaten gewählt wurden, unter ihnen auch Roman Kovac, der 2. Präsident der Tschechoslowakischen Konföderation der Gewerkschaftsverbände.

Der Mißerfolg der Gewerkschaften bei der Wahl kann man nicht den vorgeschlagenen Kandidaten zuschreiben. Eine größere Rolle spielte die späte Entscheidung der Gewerkschaften, sich an der Wahl zu beteiligen, sowie ihre organisatorische Schwäche. Der Verlauf der Diskussion über die Beteiligung der Gewerkschaften zeigte zudem, daß die meisten Gewerkschaftsmitglieder die ausschließliche Unterstützung *einer* bestimmten Partei oder Gruppierung ebenso wie Überlegungen zur Aufstellung einer eigenständigen Gewerkschaftsliste ablehnen. Bei rund 40 Prozent der aktiven Gewerkschaftsmitglieder fand dagegen die Idee, unabhängige Kandidaten der Gewerkschaften für die Listen verschiedener politischer Parteien zu nominieren, Unterstützung.

Die Diskussion dauerte sehr lange und verzögerte so die Unterstützung der vorgeschlagenen Kandidaten. Behindert wurde sie außerdem dadurch, daß politische Parteien innerhalb der Betriebe nicht aktiv werden dürfen. Hinzu kamen die chronischen Mängel in der Organisation der Gewerkschaften, zeitraubende Verbindungswege zur Mitgliederbasis sowie die ungenügende Information vieler Mitglieder über die Gewerkschaftspolitik. Die Hauptursache liegt jedoch in der politischen Situation und im Zustand des bürgerlichen und des Gewerkschaftsbewußtseins:

- Die Wähler haben ihre Entscheidung mehr an konkreten politischen Zielen orientiert als an einem *Arbeitnehmerbewußtsein* und haben Parteien gewählt, die sich in ihren Augen klar profiliert hatten.
- Die sozial-ökonomische Entwicklung hat zu einer starken politischen Polarisierung geführt. Trotz der unterschiedlichen politischen Situation in der Tschechischen und der Slowakischen Republik bestätigen dies die Wahlergebnisse der stärksten politischen Gruppierungen, der Bürgerlich-Demokratischen Partei, der Christlich-Demokratischen Partei (Klaus) und des Linken Blocks (Svoboda) in der Tschechischen Republik beziehungsweise der Bewegung für eine Demokratische Slowakei (Meciar) und der Partei der Demokratischen Linken (Weiss) in der Slowakischen Republik sowie der Verfall der politischen Parteien der Mitte und das wider Erwarten schwache Ergebnis der sozialdemokratischen und christlichen Parteien.
- Für einen großen Teil der Angestellten, aber auch für einen großen Teil der normalen Gewerkschaftsmitglieder ist die Frage „*Wozu brauche ich Gewerkschaften*“? nicht eindeutig beantwortet. Deshalb beziehen sie die Gewerkschaften weder in das politisch noch in ihr alltägliches Leben mit ein. Die Lösung dieses Problems ist die eigentliche Existenzfrage der Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei.

Die Verhandlungen über die Zusammensetzung der Regierung, über die Besetzung von Funktionen und das Regierungsprogramm waren sehr

schwierig und haben zur politischen Krise der Republik geführt. Zwei Schlüsselfragen sind Gegenstand von Widersprüchen geworden, die beide unabhängig von einander gelöst werden mußten und müssen: die Frage des Charakters der Föderation beziehungsweise der Selbständigkeit der Republiken und das weitere Vorgehen im Hinblick auf ökonomische Reformen.

Inzwischen haben die Koalitionsverhandlungen der beiden stärksten Parteien zur Trennung in zwei Republiken und zur Auflösung des gemeinsamen Staates zum Jahreswechsel 1992/93 geführt. Zwar ist nicht damit zu rechnen, daß es in absehbarer Zeit in einer der beiden Republiken zu einem weiteren Anwachsen der nationalen Bewegung kommen wird, aber die weitere Entwicklung läßt sich nur schwer sicher voraussagen.

Die Änderung des politischen Kräftegleichgewichts in den Vertretungskörperschaften und in den Regierungen der beiden Republiken trifft aber die Gewerkschaftsbewegung in jedem Fall negativ. Die meisten Verhandlungen werden wesentlich schwieriger werden, unter anderem auch deshalb, weil die von den Gewerkschaften zu den ehemaligen politischen Repräsentanten aufgebauten Bindungen an Gewicht verlieren werden.

Die Positionen der Gewerkschaften in der Auseinandersetzung um die Auflösung der Tschechoslowakei

Das Meinungsspektrum innerhalb der Gewerkschaften in bezug auf die inzwischen entschiedene Frage des Erhalts eines einheitlichen föderalen Staates beziehungsweise dessen Aufteilung in zwei selbständige Republiken unterscheidet sich kaum von dem in der übrigen Bevölkerung. Demgegenüber überwiegt bei den aktiven Funktionären die Erkenntnis der Vorteile eines einheitlichen Staates: Die Trennung in zwei Republiken wird zwangsläufig zu einer Abwertung der Währung, zu Kostensteigerungen und wachsender Inflation, zum Rückgang des Interesses des Auslandskapitals, zu Absatzschwierigkeiten im Inneren sowie im Außenhandel und zum Anstieg der Arbeitslosigkeit führen.

Auch aus einer Reihe von nationalen Unterschieden ist die Respektierung einiger Besonderheiten zwischen der Slowakei und der Tschechischen Republik notwendig. Das Problem der Selbständigkeit des slowakischen Volkes wird auch im tschechischen Teil der Gewerkschaftsbewegung respektiert, es besteht hier jedoch die Befürchtung, daß es in der Slowakei größeren Widerstand gegenüber den notwendigen ökonomischen Reformen gibt, und es besteht ein tiefes Mißtrauen gegenüber der von der Slowakei ausgehenden *linken Gefahr*.

Die Gewerkschaften gehen in ihrer Politik davon aus, daß trotz der beschlossenen Aufteilung der tschechoslowakischen Föderation die zentralen gewerkschaftlichen Aufgaben und Ziele unverändert bleiben.

Die Tschechoslowakische Konföderation der Gewerkschaftsverbände hat eine eigene Analyse der Konsequenzen der Trennung der Tschechoslowakei

veröffentlicht und auf die sich daraus ergebenden Gefahren aufmerksam gemacht. Von einigen rechtsorientierten Politikern und von einem Teil der Massenmedien wurde sie dafür in äußerst unfairer Weise angegriffen, was zum Teil auch Wiederhall in einigen Gewerkschaftsverbänden gefunden hat. Ein positiver Effekt dieser polemischen Angriffe ist demgegenüber die Tatsache, daß Regierung und Politiker gezwungen waren, sich mit den praktischen Folgen sowohl der Trennung des Staates als auch der Fortdauer des bisherigen Zustandes einer *machtlosen Föderation* auseinanderzusetzen und die Bevölkerung darüber zu informieren.

Nachdem inzwischen die Entscheidung zugunsten einer Trennung des Staates in eine tschechische und eine slowakische Republik gefallen ist, muß in beiden Republiken mit einer zumindest zeitweiligen, wahrscheinlich aber eher langfristigen Verschlechterung der sozialen Lage und einem Anwachsen der Konfliktsituationen gerechnet werden. Trotz aller Unterschiede in den beiden Republiken werden sowohl die tschechischen wie die slowakischen Gewerkschaften mit Versuchen ihrer Regierungen rechnen müssen, die Gewerkschaften unterzuordnen oder zu schwächen, sei es durch Versprechungen oder durch Konfrontation. In dieser Situation wird es nicht nur auf die politische Reife der Gewerkschaften sondern auch auf die der Regierenden ankommen, damit die Gesellschaft einer Eskalation der politischen Auseinandersetzung und der Gefahr einer erneuten Einengung der Gewerkschaften auf eine Art Hebel zur Durchsetzung staatlicher Politik entgehen kann.